

EDITORIAL

Liebe Leser,

für den Philosophiebrieff Mai haben wir uns mit Fragen des öffentlichen Forderns auseinandergesetzt und sie aus philosophischer Perspektive genauer untersucht.

Forderungen, die zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum ausgetauscht werden, beruhen dabei nicht selten auf wenig reflektierten Vorgaben mit dem Ergebnis, dass Dinge, die notwendig wären und rechtmäßig verlangt sind, schlichtweg nicht in Umsetzung gelangen.

Im Umfeld dieses Dilemmas bewegen sich zumeist Fragen von Chancengleichheit und Erfolgsdruck - ein Begriffspaar, das sich gegenseitig zu bedingen scheint. Die aktuelle Diskussion der Bildungspolitik, vor allem in der Nachfolge leidlicher PISA-Studien, bietet hier ein Paradebeispiel. Dort nämlich sollen ja bekanntermaßen die Grundlagen geschaffen werden für gleiche Ausgangslagen im späteren Berufs- und Gesellschaftsleben. Inwiefern sich aber bereits auch genau da schon eine irrierte Herangehensweise an die Problematik breitmacht, zeigt ein zweiter Blick recht deutlich.

Doch nun: lassen Sie sich zum Nachdenken anregen.

Ihre

Renate Miethner
miethner@philosophieberatung.de

Bonn, den 01.05.06

PISA-Hysterie und die Folgen BILDUNGSMISERE IN DEUTSCHLAND?

Nicht nur die Ergebnisse der PISA-Studie (deren Aussagekräftigkeit an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden soll), auch das Vorhandensein von offenen Ausbildungsplätzen, für die es an geeigneten Bewerbern fehle, lassen es so scheinen, dass Deutschland sich in einer Art „Bildungsnotstand“ befinde. Und dies, so spiegelt es zumindest der Großteil der öffentlichen Diskussion wider, müsse am hiesigen „Bildungssystem“ liegen. Es gebe zu wenig oder unzureichende Förderung, und an der Betreuung der Lernenden hapere es, und nicht zuletzt auch an der „Qualität“ der Lehre und der Lehrenden.



Kindlicher Wissensdrang: Leider bleibt es nicht lange so einfach.

Außen vor bleibt bei „Analysen“ und Bestandaufnahmen dieser oder ähnlicher Art in vertrauter Regelmäßigkeit, was sich kaum mehr jemand getraut als unabdingbare, sich in der Tat von selbst (vom menschlichen Standpunkt aus) verstehende Voraussetzung für jedwede Art des Wissenserwerbs zu benennen: nämlich grundlegende Neugierde und Wissbegierde, der innere selbststeigende Drang, sich etwas aneignen zu wollen, das ureigene Bemühen um Auseinandersetzung mit diversen Wissensgebieten - und nicht die Erwartungshaltung und das Sich-darauf-Verlassen, etwas vermittelt zu bekommen, ohne eigene Anstrengung und eigenes Bemühen zu investieren. Das Denken und das Entscheiden kann einem genauso wenig irgend jemand abnehmen wie das Lernen. Interesse kann natürlich geweckt, man kann auf etwas aufmerksam gemacht werden. Doch Interessiert-Sein, Interesse-Haben und Aufmerksam-Sein, das muss notwendig der Einzelne selbst.

Im Zuge des Bemühens um eine Verbesserung der Bildungssituation wird die Forderung nach diversen Förderprogrammen, nach Lern- oder Hausaufgabenbetreuung erhoben, und zwar nicht - wie es sein sollte - als Ausnahmen für derartiger Unterstützung Bedürftige, sondern als reguläre Formen und Bestandteile des Lehrens und Lernens.

Dabei ist es jedoch nicht die Pflicht des Staates, Anreize für den Einzelnen zu schaffen, um Interessen zu entdecken, sich (weiterzu-)bilden, sich um Kenntniserwerb und -ausbau zu bemühen. Die Pflicht und Verantwortung des Staates besteht vielmehr darin, den Freiraum an Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu beschränken, für allgemeine grundsätzliche Zugangsmöglichkeiten zu „Bildung“ Sorge zu tragen bzw. das grundsätzliche Ausgeschlossenensein und Verwehrtsein von „Bildung“ zu verhindern.

→

Forts. von S.1: Bildungsmisere in Deutschland?

Ähnlich wie man den Jagdhund nicht zum erfolgreichen Jagen tragen kann, so wird man in Anbetracht dessen, was im Einzelfall möglich ist, den des Lernens nicht Willigen auch nicht zu einer Einstellung der Wissbegier und des Bemühens um Erkenntnis nötigen können - zumindest nicht, ohne eine grundlegende Änderung der Haltung des Betreffenden als *conditio sine qua non* vorauszusetzen.

Jedwedes Lernen und jede Art von Wissens- und Kenntniserwerb bringt zwangsläufig eine gewisse Mühsal oder vielleicht für den ein oder anderen auch „Quälerei“ mit sich. Einen „Königsweg“ wird es – zumindest grundsätzlich – nicht geben können. Lernen bedeutet immer auch und wesentlich einen Prozess der Auseinandersetzung. Und dieser kann durchaus (zumindest von Zeit zu Zeit, von Mensch zu Mensch) in Konflikt geraten mit dem natürlichen menscheigenen „allzumenschlichen“ Hang zur Bequemlichkeit und Gewohnheit. Strapazen, Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten müssen vom Menschen, wenn er sich denn um „Erkenntnis“ bemüht, in Kauf genommen werden.

Einzige (zumindest denkbare) Alternative ist der Verzicht auf „Wissen“ per se, ein Verbleiben im „paradiesischen“ Zustand der Unwissenheit, „Unschuld“ und Unmündigkeit - sozusagen also gar nicht erst den Apfel vom Baum der Erkenntnis zu pflücken. Ob das jedoch innerhalb eines gemeinsamen Überlebenszusammenhanges erstrebenswert ist, bleibt anzuzweifeln.

Renate Miethner

Ihnen brennt ein Thema dieser Ausgabe besonders auf den Nägeln, und Sie wollen sich an der Diskussion beteiligen? Oder Sie haben einen besonderen Themenvorschlag, den Sie gerne in unserer Publikation behandelt sähen? Ihre Meinung ist uns willkommen.

Bitte richten Sie alle Leserbriefe an:

feedback@philosophimonatsbrief.de

oder per Post an:

Apeiron Philosophieberatung
Renate Miethner
Nordstrasse 48
53111 Bonn

Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Im Fall einer Publikation behalten wir uns ein Recht auf Kürzungen vor.

Gleichberechtigung – Chancengleichheit - Individualität

GLEICH IST NICHT IMMER GLEICH

Sich bequem zurücklehnen, die Forderung nach Hilfestellung erheben und aus Gründen vermeintlicher Benachteiligung an „Solidarität“ appellieren, auch und obwohl man selbst in der Lage und imstande und somit verpflichtet ist, sich entsprechend zu engagieren und Leistung zu erbringen, ist eine immer weiter verbreitete und akzeptierte Einstellung der unbegründeten Selbstgerechtigkeit, der man in den unterschiedlichsten Bereichen gesellschaftlichen und menschlichen Lebens begegnet, und die in immer unerträglicheren Auswüchsen gipfelt und letztlich menschliches Miteinander in einer Gesellschaft konterkariert.

Diesen Verzerrungen zu Grunde liegt eine Verwechslung von „Gleichheit“ und „Gleichberechtigung“. Da wird stillschweigend und „klammheimlich“, in der Hoffnung und Erwartung, dass es selten einmal auffällt, von der Gleichheit, Chancen und Möglichkeiten anbetreffend, übergegangen zur Gleichheit aller Menschen, von der vernünftigerweise nicht geredet werden kann. Denn die Einzigartigkeit und Besonderheit eines jeden Menschen bringt eben genau verschiedene, unterschiedlich ausgestaltete Arten der Begabtheit, der Fähigkeiten und Eignungen, sowie der Interessen mit sich, womit untrennbar eben unterschiedliche und vielgestaltige Grade und Abstufungen der Leichtigkeit oder Mühsal - das Verfolgen und Erreichen selbstgewählter Zwecke anbetreffend - verbunden sind.

Der Ruf nach Gleichberechtigung kann vernünftigerweise nur bedeuten, eingehend zu prüfen, ob es sich um das Verwehrtsein des Erreichens oder des Zugangs handelt, oder um unterschiedliche Grade der Leichtigkeit oder der Erschwernis - und genau diese Überlegung wird unterlassen (wobei die Frage, ob, und wenn ja, welche Absicht(en) jeweils dahinter stecken, an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden soll).

Stattdessen beharrt man überwiegend auf einer Verwechslung von Un-Gleichheit einerseits - im Sinne von individueller persönlicher Verschiedenheit und Unterschiedlichkeit, von Einzigartigkeit, die vor dem Hintergrund der beliebigen Austauschbarkeit und Ersetzbarkeit einzig sinnstiftend sein kann - und fehlender Gleichberechtigung, d.i. Benachteiligung andererseits.

Zuhauf werden Ansprüche erhoben, nur selten jedoch wird auch einmal nach der Rechtmäßigkeit derart erhobener Ansprüche gefragt - erstaunlicherweise nicht nur von den Fordernden selbst nicht, sondern auch nicht von denjenigen, an welche die unterschiedlichen Forderungen herangetragen werden. Anspruchsdenken tritt an die Stelle von Leistungs- und Einsatzbereitschaft, von (Selbst-)Motivation und Engagement. Mit Erwartungen tritt man beinahe ausschließlich an „die anderen“,

und zwar bevorzugt, so scheint es, an ein abstraktes solidarisches Gemeinwesen heran, um ja nicht selbst in die Verantwortung und Pflicht genommen zu werden. Als ob der Einzelne völlig unbeteiligt an seiner eigenen Lebensgestaltung oder -führung wäre, wird die Zuständigkeit („Bringschuld“) und Verantwortung bevorzugt an „andere“ überantwortet – und das unter Verkennung der Tatsache, dass der Preis dafür der Verzicht auf Mündigkeit ist.

Geradezu prädestiniert ist dabei die Tatsache, dass solcherart gestützte Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht werden (müssen), was zum Kreislauf von wachsender Frustration und Unzufriedenheit, weiterer Steigerung der Ansprüche und Erwartungen, zu einer Haltung und Stimmung der Vorwürfe, der Ablehnung, des Neides und der Missgunst führt - und letztlich zu selbstverschuldeter Unmündigkeit und Unzufriedenheit (gerade auch mit der eigenen Person, wenn auch gerne und oft verdrängt).*

Der an sich völlig berechtigte und vernünftigerweise erhobene Ruf nach „Gleichberechtigung“ wird somit zur sinnleeren Ideologie verunstaltet, was ineins geht mit einem zunehmend inflationären Missbrauch des Begriffs der „Gerechtigkeit“. Und dass eine Inflation der Begriffe langfristig auch mit einer Inflation ihrer Inhalte einhergeht, das liegt bedauerlicherweise auf der Hand.

*[Ähnliches ist bei der Inanspruchnahme von vermeintlicher persönlicher Freiheit zu bemerken - Freiheit und Freiheitsrechte werden bevorzugt exklusiv für sich selbst beansprucht, nur selten einmal anderen zugestanden – was uns in einer der kommenden Ausgaben beschäftigen wird.]

Renate Miethner

Leistung und Leistungsgesellschaft

DAS PHÄNOMEN DER FUNKTIONSPFLICHT

Der Anspruch auf uneingeschränkte, grenzenlose und permanente Leistungsfähigkeit ist nicht nur ein Phänomen, das innerhalb der „heutigen“ „modernen“ „Arbeitswelt“ begegnet. Die Folgen eines solchen Denkens sind enorm und übersehen wichtige menschliche Grundstrukturen.

Immer öfter wird berichtet über sich häufende und verstärkende negative Auswirkungen, welche innerhalb der heutigen Ausgestaltungen und Auswüchsen der „Arbeitswelt“ zutage träten. Schlimm genug, dass im Zuge dergestaltiger Schilderungen nicht selten die Arbeitenden nur noch als bloße Mittel zu variierenden kontingenten und beliebigen Zwecken dargestellt werden, und somit als Automaten mit unbedingter Funktionspflicht, als „Rädchen im Getriebe“, und nicht als Menschen, die stets zugleich als Selbstzwecke gewürdigt werden müssen - also als menschliche Lebewesen, die allein aufgrund ihrer Körperlichkeit gewissen vielfältig und individuell unterschiedlich ausgestalteten Einschränkungen unterliegen, und die als Menschen eben nicht ohne Schwächen sind, und denen naturgemäß auch Fehler unterlaufen können. Pauschal wird von unerfüllbaren, überfordernden Ansprüchen an „die Leistungsfähigkeit“ gehandelt, denen niemand, kein Mensch als Mensch, dauerhaft genügen kann.

Die Frage nach der jeweiligen Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit bleibt in der Regel ungestellt, wie auch die Frage auf Prüfung von Erfüllbarkeit oder Unerfüllbarkeit, sowie die Suche nach Gründen für eventuelle Unerfüllbarkeit, die jeweils einzelfallbezogen stattzufinden hat. Es unterbleibt die unerlässliche Prüfung, weshalb es denn – im konkreten Fall - überhaupt zu einem Interessenkonflikt, zu einer Kollision von Eigen-Ansprüchen mit Fremd-Anforderungen kommt bzw. kommen kann.

Dabei handelt es sich beim Erheben von in der Tat überspitzt zu nennenden Anforderungen keineswegs um ein Charakteristikum der („modernen“) Arbeitswelt oder ist vorrangig oder ausschließlich auf die („heutigen“) Erwerbs- oder Berufstätigen beschränkt. Vielmehr sind sämtliche (Lebens)Bereiche von Erwartungen durchzogen, welche dem spezifisch Menschlichen nur noch selten einmal konsequent Rechnung tragen.

Im Rahmen der immer wiederkehrenden Berichterstattung über das Phänomen der zunehmenden, meist als psychisch ausgewiesenen Belastung durch Stress am Arbeitsplatz wird in der Regel schwerpunktmäßig der „unvermeidbare“, „sich zwangsläufig einstellende“ und „nicht zu unterschätzende“

wirtschaftliche Schaden in den Fokus genommen, der in diversen Hinsichten zu beklagen sei.

Verkannt wird, dass es sich bei den konstatierten, zunehmend krankmachenden Belastungen am Arbeitsplatz nur um ein Symptom handelt, dessen entscheidende und verursachende Grundproblematik (oder, wenn man will, zugrunde liegende „Krankheit“) darin besteht, dass der Mensch sich seit geraumer Zeit kaum mehr als endliches, begrenztes, einheitlich und organisch aus Körper, Seele, Geist bestehendes Wesen begreift, das mit entsprechenden Bedürfnissen untrennbar verbunden ist – und dass es sich um eine Pflicht handelt, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, und so den Ansprüchen, die vom Menschen, als essentieller Einheit von Körper, Seele und Geist, angemeldet werden, ihr jeweiliges Recht zukommen zu lassen. Im einzelnen Fall mögen die Leistungsfähigkeit und die jeweiligen Grenzen der Belastbarkeit (sei es körperlicher oder psychischer oder geistiger Art) sehr verschieden sein - grundsätzlich gehören sie aber immer zu einem jeden Menschen. Statt dies anzuerkennen, stößt man auf eine allgemeine Einstellung der Überschätzung – und zwar seiner selbst und seiner Mitmenschen.*

Die Frage muss aufgeworfen werden, warum nur so selten einmal diese Forderung erhoben wird, den Menschen als bedürftiges und fehlbares, ein in Wechselwirkung stehendes organisches Ganzes ausmachendes Lebewesen anzuerkennen, ihn also realistisch einzuschätzen statt ihn zu überschätzen und zu überfordern. Warum wird, anstatt diese begründete rechtmäßige Forderung zu erheben, der Rückzug in die Resignation angetreten? Wo bleibt bei all den gleichmacherischen Forderungen und Ansprüchen der Hinweis auf die Einzigartigkeit eines jeden Menschen mit all den dazu gehörigen Begabungen, Stärken und Schwächen? Handelt es sich um Scheu vor den möglicherweise unbequemen Konsequenzen, wenn die Maxime, die besagt, dass alles dasjenige, was wie selbstverständlich abverlangt wird, auch erbracht werden soll und muss, nicht endlich als unhaltbare Voraussetzung entlarvt, offengelegt und hinterfragt wird? Handelt es sich in erster Linie um das Beharren auf vertraute Ausflüchte und das Nicht-Preisgeben-Wollen von Ansprüchen,

also letzten Endes um ein „Sich-aus-der-Verantwortung–Stehlen“?

Hier gilt es, einen klaren Standpunkt zu beziehen, um eine sinnvolle und angemessene Herangehensweise begründen zu können, ohne sich auf Allgemeinplätze zurückzuziehen.

*[Ähnliches oder Vergleichbares ist an der „Rolle“, die dem „Alter“ vorgeschrieben wird, zu bemerken, worauf wir in einer der kommenden Ausgabe eingehen werden.]

Renate Miethner

Happiness Economics? Fragen von Glück und Erfolg

Als ob es erstaunlich sei oder eine neue überraschende Einsicht, begegnen gehäuft Äußerungen - oft unter dem Aufhänger des Stichworts „happiness economics“ - in denen „erstaunt“ festgestellt wird, dass Geld allein nicht glücklich mache. Oder aber man widmet sich dem Phänomen des Unglücklichseins trotz wirtschaftlichen oder finanziellen Erfolgs. Beiderseits wird das eigene Erstaunen auffällig unreflektiert zum Ausdruck gebracht, denn von einer klaren Sicht der Dinge kann hier keine Rede sein.

„Gück“ und „Erfolg“ werden dabei häufig als austauschbare, keiner weiteren Erklärung bedürftigen Begriffe behandelt. Es scheint selbstverständlich zu sein, was mit „Erfolg“ und was mit „Glück“ gemeint ist. Und man gibt sich überrascht und mag es kaum hinnehmen, wenn sich die Suche nach allgemeingültigen hinreichenden Kriterien oder Faktoren, die Glück oder Glücklichkeit notwendig mit sich bringen, als grundsätzlich vergeblich und zum Scheitern verurteilt erweist.

Was als „Erfolg“ beurteilt wird, ist eine Frage des jeweils eingenommenen Standpunkts. Was schätzt der Einzelne als Erfolg ein, was stellt für andere (und für welche „andere“?) Erfolg dar - und für welche Einschätzung oder Beurteilung entscheidet sich der Einzelne, bevor er diese als maßgeblich wertet?

→

Forts. von S.3: Fragen von Glück und Erfolg



Nur Bares ist Wahres:
Ökonomischer Erfolg wird
gerne mit Erfolg per se
gleich gesetzt.

er stets grundsätzlich
abhängig vom „Zufalls-
glück“.

Es gibt kein Patentre-
zept, das für alle glei-
chermaßen und für
alle Zeiten garantie-
ren könnte, dass sich
so etwas wie Glück,

Die Frage nach den Kriterien, die etwas zu einem Erfolg oder eben zu einem Misserfolg machen, stellt sich dar als eine Frage nach der individuellen Gewichtung, Prioritätensetzung und Schwerpunktlegung - und dies ist letztlich eine Frage der Entscheidung für den einen oder gegen den anderen Standpunkt [Wobei „personale Identität“ keineswegs bedeutet, dass ein einmal eingenommener Standpunkt konstant die gesamte Lebenszeit einer individuellen Person derselbe bleiben muss oder bleibt. - Dies als Anmerkung und Ausblick auf eine der kommenden Ausgaben, die sich dem Themenkomplex „Personale Identität“ widmen wird].

Es ist einerseits zu unterscheiden zwischen Erfolg und Erfolgreich-Sein, und andererseits zwischen Glück und Erfolg, zwischen Glück und Erfolgreich-Sein, zwischen Glücklich-Sein und Erfolg und zwischen Glücklich-Sein und Erfolgreich-Sein.

Glücklich sein und sich glücklich fühlen sind dabei nicht zwangsläufig ein und dasselbe. Wer kennt nicht Redewendungen wie „xy kann sich glücklich schätzen“ oder „xy hat Glück (gehabt)“? Damit ist noch lange nichts gesagt und erkannt darüber, ob xy sich selbst auch wirklich glücklich schätzt. Selbst wenn xy von sich selbst behaupten würde, er habe Glück (gehabt), so muss dies nicht bedeuten, dass er sich glücklich fühlt und von sich selbst sagt, er sei glücklich.

Geht es um die Suche nach oder das Bestreben um Glück, so ist der Einzelne dahingehend, was seine Entscheidungsfindung angeht, auf sich selbst gestellt: das Entscheidungen-Treffen kann der Einzelperson niemand und nichts abnehmen - auch nicht das Verantworten der getroffenen Entscheidung(en). Zum Anderen ist der Einzelne abhängig von günstigen, „glücklichen“ Umständen, die gar nicht seinem Einfluss unterliegen, d.h., was sein Bemühen um Glücklichkeit angeht, ist

Glücklichkeit oder Glücksempfinden einstellt und einstellen müsste. Und es gibt keinen einforderbaren Anspruch auf Glück (im Sinne eines „pursuit of happiness“) oder darauf, sich glücklich zu schätzen oder glücklich zu sein. Glück ist und bleibt letzten Endes etwas, das einem vergönnt ist - oder eben nicht. Glück ist nicht, zumindest nicht umfassend, planbar und kalkulierbar.

Die Jagd nach Geld, wie es im Buchtitel „Das Dagobert Dilemma. Wie die Jagd nach Geld unser Leben bestimmt“* von Harald Willenbrock heißt, lässt sich problemlos nachvollziehen: nach Geld lässt sich „jagen“, Geld kann man sich aneignen - mit Glück ist das nicht der Fall. Sorge tragen kann man für günstige Umstände, unter denen sich nach Menschengedenken die Wahrscheinlichkeit, dass sich Glück einstellt, erhöht - doch mit Gewissheit voraussagen oder erzwingen wird kein Mensch dies jemals können.

„Glück“ bleibt doch stets etwas Unerforschbares und grundsätzlich Rätselhaftes, ein essentiell Mysteriöses, das für den Menschen zumindest verborgen bleibt, und das der „Entschlüsselung“ entgeht. Beim „Glück“ stößt der Glaube an Beherrschbarkeit und die „Entzauberung der Welt“ an ihre unumstößlichen Grenzen - und man möchte hinzufügen: welch ein Glück!

Renate Miethner

*erschienen bei Heyne, 2006. Willenbrock bringt es auf den Punkt: „Menschen stellen die verrücktesten Sachen für religiöse oder politische Ziele an, doch das ist nichts im Vergleich zu dem, was sie anstellen, um an einen zusätzlichen Euro zu gelangen.“

Literaturempfehlung

Macht und Gewalt (On Violence)
Hannah Arendt / Dt. Gisela Uellenberg
135 Seiten, Serie Piper
ISBN: 3-492-10001-5

Hannah Arendt besticht in ihrem Essay „Macht und Gewalt“, der sich mittlerweile völlig zu Recht in die Reihe der philosophischen „Klassiker“ einreihen dürfen wird, nach wie vor durch die Genauigkeit und Gründlichkeit ihres Denkens, das sich in der Präzision und Behutsamkeit ihrer Sprache (und Begriffsverwendung) niederschlägt und vortrefflich zum Ausdruck kommt.

Nachdem sie sich im ersten Teil ihres Essays mit den Ursachen und vermeintlichen Rechtfertigungen und Begründungsversuchen des Phänomens menschlicher Gewalt differenziert befasst, stellt sie nicht nur die entscheidende wichtige Frage, weshalb es denn derart wichtig ist, welche Begriffe in der Politik oder zum Erklären menschlichen Verhaltens verwendet werden, sondern es gelingt ihr vor allem auch, eine triftige und in ihrer Offenkundigkeit überraschende Antwort auf die aufgeworfene Frage zu finden. Wo Arendt „gegen den gegenwärtigen Stand der politischen Wissenschaft“ zu sprechen scheint, dass nämlich nicht hinreichend zwischen „Schlüsselbegriffen wie Macht, Stärke, Kraft, Autorität und schließlich Gewalt“ unterschieden werde, hat mehr als dreißig Jahre später unverändert Gültigkeit - wobei der Beispiele noch viele anzuführen wären, und der sorglose und Gefahren bergende Umgang mit Begriffen keineswegs ein ausschließliches Spezifikum der von Arendt angeführten „politischen Wissenschaft“ ist.

Beizupflichten ist Arendt ohne weiteres heute fast mehr denn je zuvor, wenn sie offen legt, „daß man das, was die Sprache eigentlich sagt, nicht mehr hören kann, was schlimm genug wäre; der Unfähigkeit, Unterschiede zu hören, entspricht die Unfähigkeit, die Wirklichkeit zu sehen und zu erfassen, auf die die Worte hinweisen“.

Ob sich Macht (oder Stärkung und Ausweitung von Macht) als brauchbare und durchführbare Alternative zum Faktor der Gewalt wird sehen lassen, muss nach den Schlussworten Ahrendts fraglich bleiben, deren gemäß wir wissen sollten, „daß jeder Machtverlust der Gewalt Tor und Tür öffnet, und sei es nur, weil Machthaber sie durch Gewalt zu ersetzen, nur sehr selten in der Geschichte haben widerstehen können“.